10. Unterliegen Briefe, Postkarten, Telegramme, welche der Adressat, nachdem er sie empfangen, eröffnet und gelesen hat, ohne jede Beifügung selbständiger Mitteilungen einem seiner Korrespondenten übersendet, damit auch dieser von dem Inhalte Kenntnis nehme, dem Begriffe postzwangspflichtiger Briefe? Ist es hierbei von rechtlicher Bedeutung, daß die beiden Korrespondenten als Teilhaber derselben offenen Handelsgesellschaft angehören und Träger derselben Handelsfirma sind? Wie ist solchenfalls die Defraudationsstrafe zu berechnen? Gesetz über das Postwesen vom 28. Oktober 1871 §§ 1. 2. 27 (R.G.Bl. S. 347).

III. Straffenat. Ur. v. 9. März 1893 g. L. u. Gen. Rep. 319/93.

I. Landgericht Hamburg.

Dem die Angeklagten wegen Postdefraudation zu Strafe verurteilenden Erkenntnisse des Instanzgerichtes liegt folgender Thatbestand zu Grunde:

Die Angeklagten betrieben seit längerer Zeit unter gemeinsamer Firma ein Gummi- und Guttaperchawarengeschäft; die eigentliche Fabrik befand sich in Harburg, Comptoir, Laden und Lager in Hamburg. Schon seit Jahrzehnten bestand in diesem Geschäfte die Ein-

richtung, daß zur Vermittelung des geschäftlichen Verkehrs zwischen beiden Betriebsstellen der Regel nach täglich eine verschlossene Mappe durch Boten hin und her befördert wurde. Diese Mappe enthielt zu meist ein 600—700 Gramm schweres sog. Ordrebuch, in welchem die beiden Betriebsstellen schriftliche Mitteilungen miteinander austauschten, sodann eine Anzahl Briefe, Postkarten, Warenproben, Telegramme u. s. w., welche der einen Betriebsstelle zugegangen, von dieser eröffnet worden waren und nunmehr der anderen Betriebsstelle mitgeteilt wurden, und endlich allerlei lose Zettel mit sonstigen geschäftlichen Mitteilungen der einen Stelle an die andere. Im Ordrebuch wurde durch besondere Vermerke, wie „anliegend 20 Briefe, 4 Warenproben“ u. dgl. auf den übrigen Inhalt der Mappe Bezug genommen. Das Urteil geht davon aus, daß das Ordrebuch, weil das Maximalgewicht für Briefe (250 Gramm) überschreitend, ein Paket darstelle und als solches nicht postzwangspflichtig sei. Dagegen wird der gesamte übrige Inhalt der Mappe als postzwangspflichtig behandelt und deshalb für jede mittels bezahlter Gelegenheitsboten bewirkte Beförderung der Mappe von Hamburg nach Harburg 25 $\mathcal{M}$ Paketporto als defraudiert erachtet. Die hiergegen eingelegte Revision der Angeklagten wurde verworfen.

Aus den Gründen:

1. Das angefochtene Urteil läßt eine Verkennung des Begriffes postzwangspflichtiger unverschlossener, in einem verschlossenen Pakete beförderter Briefe im Sinne des § 1 Abs. 3 des Gesetzes über das Postwesen vom 28. Oktober 1871 nicht hervortreten. Bezüglich der auf losen Zetteln enthaltenen schriftlichen Mitteilungen, welche in verschlossener Mappe zwischen Hamburg und Harburg hin und her gingen, scheint die Revision selbst die Briefeigenschaft nicht bestreiten zu wollen. Diese Eigenschaft kann aber ebensowenig zweifelhaft sein, was die zwischen beiden Betriebsstellen ausgetauschten, bei der einen oder anderen eingegangenen und hier bereits eröffneten bzw. gelesenen Briefe, Telegramme oder Postkarten anbetrifft. Ob dieselben wirklich, wie das Urteil annimmt, mit dem Augenblicke der an die ursprüngliche Adresse geschienenen Bestellung ihren ursprünglichen postalischen Charakter verloren, kann unerörtert bleiben: in jedem Falle wurden sie von neuem der Träger einer postzwangspflichtigen brieflichen Mitteilung, sobald sie, um von dem Inhalte Kenntnis zu nehmen,

von der einen Betriebsstelle an die andere befördert wurden, und zwar einer selbständigen von der einen an die andere Stelle gerichteten Mitteilung. Ob das Hamburger Comptoir der Harburger Fabrik (oder umgekehrt) die bei ihm eingegangenen Briefe, Karten, Telegramme in Urschrift oder in Abschrift oder im Auszuge zur Kenntnissnahme mittheilte bezw. übersandte, bedingte für das Weisen eines Briefes gegenüber dem Postregal keinerlei Unterschied. Völlig bedeutungslos bleibt aber bei alledem der von der Revisionschrift geltend gemachte Umstand, daß es sich bei den fraglichen Kommunikationen zwischen Hamburg und Harburg um gegenseitige Mitteilungen innerhalb der selben Firma gehandelt hat. In welchem geschäftlichen, verwandtschaftlichen oder sonstigen Konnex zwei Korrespondenten miteinander stehen, ist offenbar für die Frage der Postzwangspflichtigkeit der fraglichen Korrespondenz gleichgültig. Entscheidend ist allein, daß die fraglichen an der einen Stelle eingegangenen Korrespondenzen der anderen Betriebsstelle nicht etwa als Makulatur, Augenscheinsobjekte, zur urkundlichen Ausräumung oder dergleichen, sondern als Substrate einer neuen brieflichen Mitteilung übersandt wurden.

2. Vollkommen zutreffend sind sodann die Ausführungen des angefochtenen Urtheiles, nach welchen von Anwendung der Ausnahmebestimmung des letzten Satzes in § 1 Alinea 3 des Postgesetzes vom 28. Oktober 1871 um deshalb nicht die Rede sein kann, weil vorliegendenfalls, insoweit das mitübersandte Ordbuch als Paket gelten soll, „nicht die Briefe die Notiz im Ordbuche“ d. h. das Paket, sondern umgekehrt die Notiz im Ordbuche die einen wesentlichen Teil des Inhaltes des Paketes bildenden Briefe betraf. Daß hiernach zwischen Ordbuch und Briefen entfernt nicht diejenige Wechselbeziehung bestand, wie sie das Gesetz zwischen dem Paketinhalte und der etwa hierüber lautenden Rechnung, Faktura, Avis u. s. w. voraussetzt, bedarf keiner Ausführung.

3. Auch der Begriff eines „expressen Voten“ im Sinne des § 2 des Postgesetzes vom 28. Oktober 1871 ist richtig angewendet. Denn thatsächlich steht fest, daß der Beförderer M. lediglich ein Gelegenheitsbote war, der nicht ausschließlich im Interesse der Korrespondenz der Angeklagten, sondern in erster Reihe im Interesse anderer Personen für andere geschäftliche Zwecke zwischen Hamburg

und Harburg hin und her fuhr und dabei für ein Salair von monatlich 5 *M* die Mappe mitnahm.

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 20 Nr. 42.

4. Da ferner feststeht, daß beide Angeklagte vorsätzlich „Briefe den Bestimmungen der §§ 1. 2. a. a. D. zuwider auf andere Weise als durch die Post gegen Bezahlung verschickt“ haben, liegt der Thatbestand der im § 27 Nr. 1 des Postgesetzes vom 28. Oktober 1871 vorgesehenen Postdefraudation einwandsfrei vor. Mit Recht ist in dem behaupteten Glauben der Angeklagten an die Erlaubtheit ihres Handelns ein Schuldausschließungsgrund nicht gefunden worden.

5. Unverständlich bleibt, mit welchem Grunde das für die Strafbemessung zu Grunde gelegte, für die Postbeförderung der 1—2 Kilogramm schweren Mappe zu entrichtende einfache Paketporto von 25 *ℳ* von der Revisionschrift bemängelt wird. Ob das erwähnte Ordrebuch im Gewichte von 6—700 Gramm, welches als selbständiges Paket befördert, nach Ansicht des Instanzrichters nicht postzwangspflichtig gewesen wäre, von dem Gesamtgewichte der Mappe abgezogen wird oder nicht, ist um deshalb unerheblich, weil auch bei solcher Abrechnung in der Mappe mit ihrem sonstigen Inhalte immer noch ein postzwangspflichtiges, mit 25 *ℳ* Porto belastetes Paket von etwa 300 Gramm bis 1300 Gramm übrig bleibt. Im übrigen aber gehörte das Gewicht des Ordrebuches allerdings in das Gesamtgewicht der Mappe hinein, sobald dasselbe einer an sich postzwangspflichtigen Sendung mit einverleibt wurde.

6. Da ferner nach den Feststellungen des angefochtenen Urtheiles ein einheitliches, erst im Oktober 1891 beendetes Delikt vorliegt, ist dasselbe auch nicht verjährt. Zunächst entspricht es vom Reichsgerichte anerkannten Grundsätzen, wenn die Vorinstanz es für zulässig erachtet hat, eine Mehrzahl einzelner Postdefraudationen zu einem einheitlich fortgesetzten Kollektivdelikt zusammenzufassen,

Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 22 Nr. 8 S. 28,
und daraufhin zu einer vom Strafbescheide der Verwaltungsbehörde abweichenden, den Angeklagten teilweise ungünstigeren Beurteilung der Strafthat zu gelangen.

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 7 S. 220, Bd. 8 S. 398.
Die Identität der den Gegenstand der Untersuchung bildenden Strafthat wird dadurch nicht alteriert, daß das Gericht die zeitlichen Grenzen

und den quantitativen Umfang des Delictes anders bestimmt hat, als es der Strafbefcheid der Verwaltungsbehörde gethan. Das Prinzip des § 263 St.P.D. ist nicht verletzt. Auch ist nicht abzusehen, weshalb die vom Strafgesetzbuche als „Übertretungen“ qualifizierten strafbaren Handlungen den begrifflichen Unterscheidungen der §§ 73. 74 St.G.B.'s, bezw. der Unterscheidung zwischen Deliktseinheit und einer Mehrheit untereinander selbständiger Delikte weniger zugänglich sein sollen, als Vergehen und Verbrechen. Dies zu Grunde gelegt ist klar, daß die Verjährung einer zwar im Jahre 1888 begonnenen, aber erst im Jahre 1891 vollendeten Postdefraudation in Gemäßheit des § 67 Abs. 4 St.G.B.'s auch erst mit dem Jahre 1891, als die strafbare Handlung „begangen“, das Delikt konsumiert war, zu laufen anfangen konnte. Da nach § 7 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuche alle Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über Postgefälle in drei Jahren verjähren, war die vorliegende Strafthat zur Zeit ihrer Aburteilung zweifellos nicht verjährt. Daß das Urteil in der Art, wie es die Nichtannahme der Verjährung begründet hat, den § 7 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuche übersehen hat und dabei von rechtsirrtümlichen Voraussetzungen ausgegangen ist, berührt den Rechtsbestand des Urteiles nicht.

7. Nicht minder verfehlt ist endlich die Rüge, das im § 27 a. a. D. vorgefehene Strafmaß sei überschritten. Beide Angeklagte haften in Gemäßheit des § 47 St.G.B.'s als Mitthäter ein jeder für die gesetzliche Strafe, welche vom Urteile gegen jeden Angeklagten mit dem Vierfachen des hinterzogenen Portos an sich richtig bemessen worden ist. Daß beide Angeklagte Inhaber derselben offenen Handelsgesellschaft sind und, wenn die erkannten Geldstrafen aus dem Gesellschaftsvermögen entrichtet werden, dieses Vermögen doppelt betroffen wird, ändert an der individuellen strafrechtlichen Verantwortlichkeit jedes Gesellschafters für die von ihm begangene Strafthat, sei es bezüglich der dadurch verwirkten Freiheitsstrafe, sei es der Geldstrafe, nichts.